

Frielingsdorf, Walter

**Article — Digitized Version**

## Eine trübe Zwischenbilanz in Lateinamerika

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Frielingsdorf, Walter (1962) : Eine trübe Zwischenbilanz in Lateinamerika, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 3, pp. 121-124

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133201>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Eine trübe Zwischenbilanz in Lateinamerika

Prof. Dr. Walter Frielingsdorf, z. Z. Madrid

Zu Anfang des Jahres 1960 veröffentlichte die New York Times, die es sich zur Ehre anrechnen kann, stets umfassend und objektiv über die Problematik Lateinamerikas berichtet zu haben, einen Artikel ihres Experten Tad Szulc unter dem Titel: „Americas Begin a Broad Assault on Region's Ills“ („Der amerikanische Doppelkontinent beginnt einen breiten Angriff auf die Übel der Region“). In seinem Aufsatz vertrat der aus den USA stammende Autor die Auffassung, im Jahre 1959 hätten die lateinamerikanischen Republiken die ersten festen Schritte unternommen, um in Übereinstimmung die grundlegenden Probleme ihrer Länder zu lösen. Dabei stellte er heraus, daß es sich in Lateinamerika um einen Wettlauf zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum handele. Den Aufbau der Interamerikanischen Entwicklungsbank und die Bestrebungen, einen gemeinsamen Markt in Lateinamerika zu schaffen, würdigte er als hoffnungsvolle Zeichen eines neuen Beginns.

Zwei Jahre sind seitdem vergangen. Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat inzwischen in dynamischer Weise ihre Tätigkeit aufgenommen, und die, wenn auch zunächst begrenzte, lateinamerikanische Freihandelszone ist zustande gekommen. Dazu haben sich die USA entschlossen, in der „Allianz für den Fortschritt“ den Republiken südlich des Río Grande tatkräftig zur Seite zu stehen. Das aber will sagen, es sind eine ganze Reihe zusätzlicher institutioneller Voraussetzungen für einen angemessenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der lateinamerikanischen Republiken geschaffen worden, deren Entwicklung gerade in den letzten Jahren weit hinter den Notwendigkeiten zurückgeblieben war.

Der breite Angriff aber gegen die Übel der Region, von dem Tad Szulc zu Anfang 1960 geschrieben hat, ist bislang nicht zum Tragen gekommen, und die Kennzeichnung der lateinamerikanischen Szene, die die New York Times im Januar 1961 als düster und furchterregend traf, ist leider noch zutreffender für das laufende als das vergangene Jahr, weil in der Zwischenzeit trotz mancher positiver Ansätze schwere Rückschläge und Enttäuschungen zu verzeichnen gewesen sind.

Wenn wir auf das Jahr 1961 zurückblicken und in das Jahr 1962 Ausschau halten, so müssen wir mit Bedauern feststellen, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Lateinamerikas keineswegs zufriedenstellend gewesen ist und daß, was noch bedeutend kritischer ist, sich auch noch keine entscheidende

Wende in den Gegebenheiten zeigt, weil sich in der überwiegenden Mehrzahl der in Frage stehenden Länder bislang kaum eine Politik herausgebildet hat, die den Anforderungen eines zügigen Wirtschaftsaufschwunges und sozialen Ausgleichs entsprechen würde.

### *Die wirtschaftliche Bilanz der iberooamerikanischen Länder*

Was die wirtschaftliche Bilanz des vergangenen Jahres angeht, so gibt es wenige Länder, die einen Fortschritt verbuchen konnten. Von den großen Staaten registrierte zwar Brasilien einen Anstieg seiner Exporte und auch seines Sozialproduktes, doch die schnelle Rückkehr zur Defizitwirtschaft und zur Inflation sowie ein merklicher Rückgang der ausländischen Investitionen, insbesondere bedingt durch diskriminierende Regierungsmaßnahmen, waren die Kehrseite der Medaille. Argentinien zog hingegen verstärkt Auslandskapital an, machte einige Fortschritte in der Industrialisierung, konnte aber ein beachtliches Außenhandelsdefizit und ein erneutes kritisches Ansteigen der Lebenshaltungskosten nicht vermeiden.

Mexiko vermochte sich erst in der zweiten Hälfte des zurückliegenden Jahres von einem Wirtschaftsrückgang zu erholen, der nicht zuletzt darin begründet war, daß die vielbeachtete, inzwischen revidierte Ausserung seines Präsidenten, er verfolge eine links-extreme Politik, nicht nur zu einem Nachlassen der Auslandsinvestitionen, sondern auch zu einem Rückgang des Fremdenzustromes geführt hatte. Kolumbien andererseits konnte ein, wenn auch noch zu schwaches Wirtschaftswachstum verzeichnen, sah sich aber angesichts seiner großen Zahlungsbilanzschwierigkeiten veranlaßt, die Hilfe des Internationalen Währungsfonds und der US-amerikanischen Export-Import-Bank in Anspruch zu nehmen. Aus Chile wird lediglich ein geringer Anstieg der Industrieerzeugung, der von einem Außenhandelsbilanzdefizit und einem weiteren Absinken des Geldwertes begleitet war, berichtet, während sich Peru erst letzthin anschickt, die Austeritätsphase hinter sich zu lassen und zu erneutem Wirtschaftswachstum überzugehen, und Venezuela in den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft teils aufwärtsstrebende, teils beharrende bzw. rückläufige Tendenzen registrierte. Uruguay schließlich stand offensichtlich im Zeichen einer Rezession, Paraguay verbuchte nur einen schwachen Auftrieb, und Bolivien verblieb nach wie vor in einer recht kritischen Situation; Ecuador meldete ein außerordentliches Absinken seiner Ausfuhrerlöse und damit seines Sozialproduktes.

Auch aus Zentralamerika und von den Großen Antillen klingen die makroökonomischen Berichte keineswegs erfreulich. Die mittelamerikanischen Republiken litten unter Rückschlägen: niedrigere Exporterlöse und zunehmende Einfuhren erschwerten den Zahlungsbilanzausgleich und setzten die Währungsreserven unter Druck. In der Dominikanischen Republik bildeten die nahezu erschöpften Währungsreserven ein ernsthaftes Hindernis für jede gesunde Wirtschaftsentwicklung, überdies gingen die Ausfuhren zurück. Die Nachbarrepublik Haiti hingegen konnte eine außerordentlich gute Kaffee-Ernte einbringen, was zu einer Erhöhung des Ausfuhrertrages und des staatlichen Budgets führte. Kuba endlich, die größte der Antillen-Republiken, versank mehr und mehr in einer Krise von Wirtschaft und Währung, obzwar auf vereinzelt Sektoren Produktionssteigerungen gemeldet werden konnten.

Auf wirtschaftlichem Gebiet kann also durchaus nicht die Rede davon sein, daß die lateinamerikanischen Staaten sich im vergangenen Jahr auch nur der makroökonomischen Wachstumsrate angenähert hätten, die von lateinamerikanischen und internationalen Experten als ausreichend und anstrebenswert angesehen wird. Im Gegenteil, es kann nicht geleugnet werden, daß die überwiegende Mehrheit der iberamerikanischen Republiken sich entweder in einer Stagnierung oder aber in einer Rezession befunden hat. In anderen Staaten aber wurde zumeist der relativ bescheidene Fortschritt mit einer Währungsverschlechterung oder zumindest einer Zahlungsbilanzkrise erkauft.

#### ***Mangelnde Durchsetzung des sozialen Ausgleichs***

Was aber insbesondere das lateinamerikanische Bild so wenig zuversichtlich erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß für den sozialen Ausgleich bislang nur in Ausnahmefällen die Weichen so gestellt worden sind, wie es nach den Anregungen der Vertreter der USA auf der Konferenz von Punta del Este im vergangenen Jahr unumgänglich ist, wenn man den breiten Massen in Lateinamerika einen angemessenen Anteil an der Wirtschaftsentwicklung sichern will und den Markt dadurch verbreitern will, daß man ihnen eine gesteigerte Kaufkraft zuführt.

Was die unumgänglichen Agrarreformen angeht, so hat letzthin — nachdem bekanntlich Mexiko, Bolivien und Kuba vorausgegangen waren — Venezuela mit Maßnahmen begonnen, während sonst lediglich Kolumbien, El Salvador und Chile, soweit sich die Lage überblicken läßt, ernsthafte Schritte in dieser Richtung unternommen haben; nunmehr scheint auch Ekuador eine Landreform vorzubereiten. Was andere Reformen wie die progressivere Gestaltung der direkten Steuern und eine korrektere Steuereintreibung betrifft, so ist die Entwicklung bislang — von wenigen Ausnahmen abgesehen — keineswegs positiver.

Den vorwiegend konservativen oder liberalen Regierungen, die sich heute vielfach in ihren Tendenzen nur unwesentlich unterscheiden, fehlt eben im allge-

meinen der große Schwung, um solche Reformen einzuleiten und durchzuführen. Hierin aber besteht die große Schwierigkeit, die entscheidende Schwierigkeit für die Wende Lateinamerikas, die von der Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit abhängig ist. Die politische Szene ist einfach nicht vorbereitet, um in einem vielfältigen Angriff auf die Übel der Region den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu sichern.

#### ***Planung statt Improvisation***

Diese Feststellung bezieht sich nicht nur auf den geringen Enthusiasmus, den zumeist die führenden Schichten zeigen, Reformmaßnahmen anzusetzen. Sie bezieht sich auch auf die Programmierung und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung selbst. Oftmals fehlt die notwendige Zusammenschau, und zumeist mangelt es an entsprechend fundierten Projekten privatwirtschaftlicher oder öffentlicher Art, die mit internationaler Finanzhilfe durchgeführt werden könnten. Nicht, daß es in Lateinamerika keine tüchtigen Volks- und Betriebswirte geben würde; aber im allgemeinen hat man sie viel zu wenig auf jene Aufgaben vorbereitet und angesetzt, die sie jetzt erfüllen müssen.

Wenn man aber eine Mindestrate wirtschaftlichen Wachstums erreichen und dabei den sozialen Ausgleich vorantreiben will, bedarf es einer umfassenden Planung, um im Zusammenspiel von privater und öffentlicher Initiative, von nationalen Ersparnissen und internationaler Kredit- und Kapitalhilfe das Ziel zu erreichen. Voraussetzung dafür ist, daß man in Lateinamerika endlich mit der Improvisation und dem System der Aushilfen aufhört. Eine ordentliche Entwicklungspolitik verbunden mit angemessenen Reformen muß einsetzen, wenn nicht auch in Zukunft das Fazit allen Bemühens so wenig positiv ausfallen soll wie im vergangenen Jahr.

Nur bei einem auf allen Fronten gleichzeitig vorgebrachten Angriff läßt sich im lateinamerikanischen Wirtschaftsprozeß jene akkumulative Aufwärtstendenz erzeugen, die theoretisch immer wieder angestrebt, aber praktisch nur unter Ausnahmbedingungen erreicht wurde. Was nützt es, eine Wirtschaftswachstumsrate zu verzeichnen, wenn gleichzeitig die Währung ruiniert wird und der Ausgleich der Zahlungsbilanz dem Zufall einer internationalen Hilfe überlassen bleibt? Was hat es für einen Sinn, größere ausländische Kreditmittel zu erhalten, falls die Regierung durch diskriminierendes Vorgehen gegen Auslandsinvestitionen den Vorteil, den der Kreditzufluß für die Zahlungsbilanz bedeuten könnte, durch den Ausfall des internationalen Kapitalzuschusses zunichte macht? Und schließlich auch: Wie wenig Sinn hat es, sich über eine adäquate Wirtschaftswachstumsrate zu freuen, die überdies auch mal aus irgendwelchen mehr zufälligen Faktoren erwachsen sein mag, wenn sie dazu dient, die privilegierten Schichten des Landes noch besser zu stellen und mangels entsprechender Sozialreformen die Unrast im Lande nur noch verschärft wird?

### **Der Ruf nach einem zugkräftigen Programm**

Lateinamerika braucht Staatsmänner, die die Zeichen der Zeit verstehen und jenseits von billiger Demagogie die Maßnahmen ergreifen, die der wirtschaftliche und soziale Fortschritt ihrer Länder erheischt! Es braucht politische Parteien, die in Erkenntnis der Versäumnisse der Vergangenheit sich auf ein effizientes und zugkräftiges Programm einig sind. Lateinamerika — müde der abgestandenen Ideologien des Liberalismus und Marxismus-Leninismus — sucht nach einer neuen Botschaft, die nur die des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sein kann. Der Liberalismus hat die soziale Problematik Lateinamerikas nicht zu lösen vermocht; der Marxismus-Leninismus aber hat im kubanischen Beispiel den Wirtschafts- und Währungszusammenbruch und natürlich den Rückgang des Nationaleinkommens mit sich gebracht, nachdem er versprach, Kuba in einigen Jahren zu dem Land mit dem höchsten Lebensstandard der Welt zu machen.

So ist denn der Fortschritt Lateinamerikas vor allem ein politisches Problem. Nur wenn sich stabile und ausreichend sozialreformerische Regierungen finden, kann es gelingen, den Subkontinent aus der sozialen Krise herauszuführen. Dazu aber bedarf es, daß Par-

teien sich durchsetzen, die in klarer Weise die Maximen einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit auf ihr Programm gesetzt haben. Solange derartige Massenbewegungen nicht oder nur in einigen Ländern bestehen, ist es nicht möglich, für den großen Umformungsprozeß, der sich in Lateinamerika vollziehen soll, den Mann auf der Straße zu gewinnen.

### **Die Notwendigkeit eines politischen Durchbruchs**

So hängen denn auch die Perspektiven, die sich für Lateinamerika in der nahen und fernerer Zukunft ergeben, ganz entscheidend davon ab, ob jener politische Durchbruch stattfindet, der die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit ist. Gerade in dieser Hinsicht aber sind die Ereignisse des vergangenen Jahres dazu angetan, skeptisch zu stimmen. Nur drei Beispiele seien herausgegriffen:

Unter den Augen der Weltöffentlichkeit konnte der Trujillo-Clan, nachdem der Chef ermordet worden war, Millionen und Abermillionen an Devisen ins Ausland verbringen; das Land aber, die Dominikanische Republik, wird von einer Krise nach der anderen geschüttelt. In Brasilien trat Janio Quadros von der

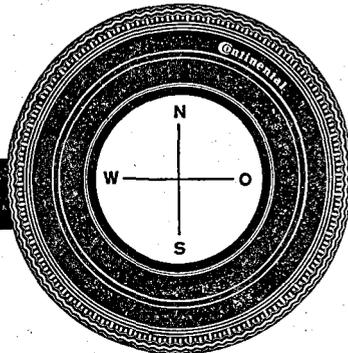
**DER NEUE**

# Continental

**AUF ALLEN**

**KONTINENTEN EIN DURCHSCHLAGENDER**

# ERFOLG



Präsidentschaft zurück, nachdem das Volk große Hoffnungen auf seine Sozial- und Wirtschaftsreformen gesetzt hatte. Als Grund gab er Schwierigkeiten an, die ihm bei seiner Zielsetzung von den privilegierten Schichten des Landes gemacht wurden. Als ob ein umfassendes Reformprogramm, das mit mancherlei Vorrechten aufräumt, ohne den Widerstand der betroffenen Schichten durchzuführen sein könnte! In Ecuador versuchte der Präsident Velazquez Ibarra ganz im Gegensatz zu den Empfehlungen von Punta del Este, die darauf abzielten, die vermögenden Schichten steuerlich stärker zu erfassen, zusätzliche Belastungen auf die breiten Massen abzuwälzen, was den Auftakt zu Unruhen und zu seinem Sturz bildete.

In Brasilien, Argentinien, Chile, Peru und Kolumbien finden in diesem Jahre Wahlen statt. Es steht nur zu hoffen, daß aus den Kämpfen klare Programme und

nicht nur Politiker, sondern auch Reformatoren und Staatsmänner hervorgehen, die der zweiten Deklaration von La Habana, die den gewaltsamen Umsturz als Voraussetzung für die Lösung der lateinamerikanischen Problematik proklamiert, den Willen gegenüberstellen, durch ein forsches wirtschaftliches und soziales Entwicklungsprogramm den Fortschritt zu sichern.

Die lateinamerikanischen Staatsmänner und Völker haben die Möglichkeit, zwischen einer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ordnung und dem Chaos des Bürgerkrieges und Wirtschaftsverfalls zu wählen. Die Zeit der klaren Definitionen ist für die Staatsmänner, Politiker und Massen des Subkontinentes gekommen. Vor einigen Jahren schon meinte ein Staatsmann Lateinamerikas, es sei spät, um eine Lösung seiner Probleme zu wagen. Möge es nicht eines Tages zu spät sein!

## China im Abschlußjahr des zweiten Fünfjahresplanes

Dr. Max Biehl, Kiel

Unter allen Entwicklungsländern dürfte die Chinesische Volksrepublik dasjenige sein, das im Verhältnis zu den eigenen Anstrengungen über das bescheidenste Maß an Auslandshilfe jeglicher Art hat verfügen können. Die in Form von (sowjetischen) Anleihen gebotene Hilfe ist als minimal zu bezeichnen; und schon seit 1957 überwiegen die Rückzahlungen. In einer solchen — durch den Anschluß an den Ostblock vorgezeichneten — Lage hatte ein Land mit einer jährlichen Bevölkerungszunahme von fast 2,5 % oder 15 Millionen gewiß keine andere Wahl, als mit härtester Einspannung aller und mit rücksichtslosem Experimentieren vorzugehen. Dies ist geschehen, trotz schwerer Rückschläge durch überstürztes Vorgehen und eine widrige Natur. Größere Auslandshilfe ist geeignet, den Entwicklungsländern den Zwang zu erlassen, einen so opferreichen Weg zu gehen — mit allen Konsequenzen, die daran hängen.

In einem Lande von der wirtschaftlichen Struktur Chinas hat der Ausfall der voraufgegangenen Ernte auf den Ablauf eines Wirtschaftsjahres einen maßgeblichen Einfluß. Ob die Serie von Mißernten ihr Ende gefunden hat? Es gibt Anzeichen, daß die Ernte vom Herbst 1961, mag sie auch nur mittelmäßig ausgefallen sein, dem Lande doch etwas mehr Luft gibt. Nicht viel. Verhandeln doch die Außenhandelsorgane der Volksrepublik weiter in „westlichen“ Ländern über Getreidekäufe, vielleicht — nach Erschöpfung der Devisenreserven — über Käufe auf Kredit. Immerhin wird offiziell erklärt, daß die bergbauliche Förderung im letzten Quartal 1961 rasch wieder angestiegen sei. Da es vorher, mit Rücksicht auf die mangelhafte Ernährung, verkürzte Arbeitszeiten gegeben hat, läßt dies nur auf eine Normalisierung der Arbeitszeit und damit auch der Arbeitsleistung im Bergbau schließen.

Auch ist die Tagung des Volkskongresses in Peking, die alljährlich im Frühling zur Entgegennahme des Erfolgsberichtes vom Vorjahr sowie der Planzahlen fürs neue Jahr abgehalten zu werden pflegte, die aber im Katastrophenjahr 1961 völlig ausgefallen ist, auf den März 1962 wieder anberaumt worden. Nach vorliegenden Mustern darf erwartet werden, daß das Peking Regime dann die Auswirkungen der Mißernteperiode in allen Bereichen des Wirtschaftslebens und die daraus resultierende Behinderung des planmäßigen Aufbaus offenlegen will — in dem Augenblick, da man für das begonnene Jahr, das Abschlußjahr des zweiten Fünfjahresplanes, glaubt Besseres in Aussicht stellen zu können.

### *Im Zeichen der voraufgegangenen Mißernten*

Ogleich der Nachrichtenstrom aus Peking in den beiden letzten Jahren auf einen kleinen Bruchteil des zuvor Gewohnten zusammengeschrumpft ist und zahlenmäßige Angaben fast ganz fehlen, läßt sich in groben Umrissen doch erkennen und erschließen, was auf wirtschaftlichem Gebiet vor sich gegangen ist. Der Wirtschaftsablauf im Jahre 1961 hat ganz im Zeichen der unzureichenden Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen gestanden.

Das Ausmaß der voraufgegangenen Mißernte läßt sich wohl einigermaßen übersehen. Ende 1960 wurde berichtet, rund 60 Mill. ha, die Hälfte des chinesischen Ackerlandes, seien von Dürre-, Überschwemmungs- und Insektenschäden betroffen worden und dadurch hätten 20 Mill. ha schwere Schäden (d. h. 30—100 % Ernteausfall) erlitten. Über die Ernte an Grundnahrmitteln liegt bis heute einzig die Angabe vor, die Chou En-lai in einem Edgar Snow gewährten Interview gemacht hat: Die Ernte 1960 sei geringer als